

Bürgerschaftliche Arbeit und Stadtentwicklung

Wie stark die Industriearbeit die Stadtentwicklung der letzten 150 Jahre geprägt hat, ist heute auch daran zu erkennen, dass die Hälfte aller Quartiersmanagementgebiete in unmittelbarer Nähe zu ehemaligen innerstädtischen Industrieanlagen liegen. Industriearbeit ist automatisiert und weitgehend wegrationalisiert worden, die Menschen sitzen zuhause, doch die roten Backsteinfabriken stehen noch. „Stein gewordene Manifestationen vergangener Nutzungen und Planungen, erstarrte Vergangenheit“ hat Daniel Dahm sie einmal genannt.

Seine Doktorarbeit hat Dahm über die Zukunft geschrieben, genauer gesagt über die Zukunft der Erwerbsarbeit und zukunftsfähigen Ökonomien in städtischen Lebensräumen. Bevor er sich diesem wirtschaftswissenschaftlichen Thema widmete, arbeitete Dahm als Geograph und Tropenökologe in Afrika. In den letzten Jahren hat er als Projektleiter an einer Studie der Universität Hohenheim in Kooperation mit dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gearbeitet, in der in den drei Städten Stuttgart, Köln und Berlin die Bedeutung ehrenamtlicher Arbeit und bürgerschaftlichen Engagements für die urbane Infrastruktur untersucht wurde.

Nicht an erster Stelle steht dabei die Rentabilität der bürgerschaftlichen Arbeit, aber sie soll auch nicht unerwähnt bleiben: Ein öffentlicher Zuschuss für eine bezahlte Arbeitsstunde wirkt sich multiplikativ auf die Arbeitsleistung aus. „Er ermöglicht im Durchschnitt drei Arbeitsstunden, wenn er für diejenigen Einrichtungen bestimmt ist, in denen die Ehrenamtlichen mindestens 10% aller Arbeitsstunden bestreiten; das sind gut drei Viertel der Einrichtungen. Er ermöglicht sogar insgesamt acht Arbeitsstunden, wenn er auf Einrichtungen beschränkt wird, in denen die Ehrenamtlichen mehr als 50% aller Arbeitsstunden bestreiten; dies gilt immerhin für fast 60% der bürgerschaftlichen Einrichtungen.“

Zur Zeit formuliert Dahm zusammen mit dem Quantenphysiker Hans Peter Dürr die Neufassung des Russell-Einstein-Manifestes von 1955. Dieses wird am 14.10. dieses Jahres in Berlin der Öffentlichkeit vorgestellt. Über die Gegenwart und Zukunft der Arbeitswelt sprachen wir mit Dr. J. Daniel Dahm.

„Wir brauchen eine neue Idee der Arbeitsgesellschaft“

Nicht nur in Wahlkampfzeiten werden die Bürger mit den simpelst möglichen Parolen beschallt, die da lauten: Wachstum, Wachstum, Wachstum! Arbeit, Arbeit, Arbeit! Wie sehen Sie die Zukunft der Arbeitsgesellschaft?

Die Produktivität steigt seit Mitte der 50er Jahre exponentiell an. Die Produktivität steigt viel schneller als das Wirtschaftswachstum. Das Wachstum aber ist ein Indikator für die Nachfrage. Das heißt, es wird innerhalb unserer Wirtschaft zu viel pro Erwerbstätigen produziert um eine Vollbeschäftigung in Erwerbsarbeit aufrecht zu halten. Jetzt gibt es zwar die Strategie des Vorseilens der Güterwünsche, was ja die Grundidee der angebotsorientierten Marktwirtschaft ist, das heißt, es wird ein Produkt auf den Markt gebracht, für das dann versucht wird, eine Nachfrage zu erzeugen, sagen wir mal, ein Handy mit Kamera. Wer wäre früher auf die Idee gekommen, ein Telefon mit einer Kamera koppeln zu wollen, und warum auch? Aber trotzdem steigt die Produktivität so enorm, dass wir für die Herstellung der Waren immer weniger Menschen brauchen. Das Arbeitsvolumen, das wir für Erwerbsarbeit in Deutschland zur Verfügung haben, reicht heute schon nicht mehr aus, Vollbeschäftigung für alle arbeitswilligen Menschen bereit zu stellen. Und das wird sich auch in Zukunft in dieser Richtung weiter entwickeln.

Auf der anderen Seite gibt es einen ganz großen Bedarf an Gütern, die keinen Warencharakter haben. Das betrifft den Bereich des Sozialen und des Kulturellen. Pflege in einer immer älter werdenden Gesellschaft oder Kinderbetreuung. Dies alles sind Güter – ich nenne sie mal Güter, denn ich finde den Begriff Gut eigentlich ganz schön, weil er ja auch das Gute enthält, das Wertvolle – dieser Bereich der Güterproduktion wird bei uns nicht wertgeschätzt, er fließt nicht ins Bruttoinlandsprodukt ein. Ein Drittel der in Deutschland geleisteten Arbeit ist erwerbswirtschaftlich, aber zwei Drittel der in unserer Gesellschaft geleisteten Arbeit ist unbezahlt, die fließen nicht in unsere Wertschöpfung ein. Was die

Nationalökonomie nicht monetär erfassen kann, kann sie auch nicht in gleichem Maße berechnen. Wir haben hier eine Parallelwertschöpfung.

Dieser Bereich ist aber der, der im Lebensalltag von Menschen ganz wesentlich zu wirken beginnt – in städtischen Räumen, in Quartieren, im eigenen Haus, in der Familie. Und dieser Bereich betrifft Leistungen, die von den Kommunen immer weniger geleistet werden können, weil die öffentlichen Kassen unter einem so hohen Druck stehen. Die lagern die einfach aus nach dem Motto „entweder ihr bringt es selber, oder ihr habt es nicht.“ Die bürgerschaftlichen Einrichtungen, die nicht monetär arbeiten, bewegen sich in diese Lücke hinein, sie flicken diese Löcher.

Sehen Sie die selbstbestimmte Bürgerarbeit als einen volkswirtschaftlichen Idealfall an oder als eine Übergangslösung in Zeiten leerer Kassen.

Es geht nicht um Übergangslösungen. Wenn die Kommunen plötzlich anfangen würden, die Dienstleistungsbereiche zu bezahlen, die bisher unbezahlt erbracht wurden, müsste die Bundesdruckerei mehr Geld drucken. Hinter Ihrer Frage steht ja die Frage nach der Zukunft der Arbeitsgesellschaft. Wir werden uns in eine Mischarbeitsgesellschaft, in eine plurale Ökonomie hineinbewegen müssen. Dabei geht es um das Zusammenwirken eines geldorientierten und eines nicht-geldorientierten Wirtschaftssektors. Und da liegt meines Erachtens die Zukunft in einer Teilzeitgesellschaft, in der das Arbeitsvolumen möglichst auf alle erwerbsfähigen Menschen verteilt wird. Das bedeutet natürlich nicht, dass jeder zwanghaft in Teilzeit gehen muss, denn viele Tätigkeiten sind darauf angewiesen, dass sie in Vollzeit gemacht werden. Aber es geht darum, volkswirtschaftlich eine Balance dieser beiden Wertschöpfungsprozesse hinzukriegen und ein gegenseitiges Alimentieren der Produktionsbereiche zu erreichen. Arbeit ist wertschöpfend, und bestimmte Leistungen haben Warencharakter, die sind international mit internationalen Währungen handelbar. Und es gibt bestimmte Leistungen, die sind für den nationalen oder lokalen Bereich erbracht und lassen sich nicht ohne Weiteres mit dem selben Medium Geld bezahlen – ausser ich wollte in eine Planwirtschaft.

Und wie, denken Sie, kann die für den regionalen Bereich geleistete Arbeit belohnt werden?

Da gibt es mehrere Modelle. Da gibt es den Tauschring, da gibt es Komplementärwährungen, Regio-Geld, Batzen, Talente, Knochen oder wie man das nennen will. Und dann gibt es die Überlegungen eines existenzsichernden Grundgehaltes, eines Bürgergeldes.

Es wäre zu überlegen, für die Bürgerarbeit einen formellen Arbeitsbereich zu schaffen, der nicht über Geldlohn bezahlt wird. Da bekommt beispielsweise jemand eine halbe Stelle, die in Geld bezahlt wird und eine weitere halbe Stelle im sozialen oder kulturellen Bereich, die er mit einem Zeitguthaben oder mittels eines „Punktesystem“ bezahlt bekommt. Er schafft eine soziale oder kulturelle Dienstleistung und kann umgekehrt diese Stunden wieder selber in Anspruch nehmen. Diese Guthaben müssten dann idealerweise bundesweit verfügbar sein – z.B. auch über Banken verwaltet – und zeitlich stabil bleiben.

Beinahe jeder könnte etwas beitragen?

Das ist ein Bereich, wo ungeheuer viel an Potenzial brach liegt. Und ich sage bewusst Produktionspotenzial. Das ist ein Fundus, aus dem wir schöpfen können. Und dieser Fundus wird nicht ausreichend genutzt, und er wird auch nicht ausreichend gefördert.

„... um überhaupt einmal so zu denken ...“

Sind die Potenziale, die in der selbstbestimmten Bürgerarbeit liegen, überhaupt schon erkannt?

Nein, sind sie nicht. In bestimmten Kreisen, die sich damit beschäftigen, sind sie erkannt. Wenn man sich den Bericht der Enquete-Kommission des Bundestages zum bürgerschaftlichen Engagement anguckt, sieht man, dass die Potenziale von den Autoren voll erkannt sind. Der Bericht wurde auch von allen Parteien begrüßt, aber es sind keine Konsequenzen daraus gezogen worden. Auch fehlen die genannten Aspekte völlig in der politischen Debatte.

Was fehlt der Gesellschaft, um der doch gar nicht unerheblichen Bereitschaft zum bürgerschaftlichen Engagement gerecht zu werden?

Das Kernthema ist erst einmal die Anerkennung. Es ist ja den wenigsten Menschen klar, wie viel Arbeit überhaupt unbezahlt erbracht wird. Wenn ich die Zahl nenne - zwei Drittel der in dieser Gesellschaft geleisteten Arbeit wird nicht bezahlt -, dann glauben das erst einmal die meisten Menschen nicht. Selbst wenn man die ich- und familienbezogene Arbeit abzieht, ist das immer noch ein Drittel unbezahlter, gemeinschaftsbezogener Arbeit. Das sind in Köln beispielsweise 4,5 Millionen Arbeitsstunden, die unbezahlt in Einrichtungen geleistet werden, die kulturelle und soziale Angebote machen. Das Wissen darüber ist in der Gesellschaft nicht verbreitet. Auch in den Debatten über die Zukunft der Arbeitsgesellschaft geht es nie darum, dass wir vom Paradigma der rein geldgesteuerten Erwerbswirtschaft wegkommen und zu einer Gesellschaft der Mischökonomie finden müssen, die eben in einen marktgesteuerten und einen nicht marktgesteuerten Sektor unterteilt ist. Um dahin zu kommen, um überhaupt einmal so zu denken, muss man sich erst einmal von der Klausel „Der Markt regelt alles“ verabschieden. Der Markt regelt eben nicht alles. Der Markt hat uns weder die grundlegenden ökologischen Ressourcen bewahrt und würde das auch nicht tun, und der Markt ist auch nicht in der Lage, den Bereich der Wirklichkeit zu versorgen, der sich eben nicht nach den Kriterien Geldgewinn und Konkurrenz richtet und an diesen messen lässt.

Sollte darüber eine Diskussion in Gang kommen, eine Diskussion vielleicht sogar über Zukunftsmodelle, wird die ja mutmaßlich einige Jahre dauern ...

Aber man kann auch heute schon etwas tun, denn in dem Moment, da ich bürgerschaftliche Einrichtungen unterstütze, und sei es mit Sachmitteln, es muss ja noch nicht einmal Geld sein, in dem Moment habe ich sofort ein Mehr an Dienstleistungen, und das macht sich unmittelbar in einer Stadt, in einem Bezirk, in einem Kiez bemerkbar. Wenn es beispielsweise Öffentliche Gebäude oder Flächen gibt, die frei sind, dann kann man die an eine Einrichtung wie die Zwischennutzungsagentur, die es hier in Berlin gibt, geben, die dann solche Räume bürgerschaftlichen Einrichtungen, kulturellen oder sozialen Nutzern zur Verfügung stellt, eventuell zum reinen Bewirtschaftungspreis. Wenn ich bestimmte lokale Einrichtungen fördere, wie die „Kunstwerke“, wie die AIDS-Hilfe, wie das „Tacheles“, den kleinen Nachbarschaftsladen, wenn ich überhaupt die Möglichkeit fördere, dass Menschen Eigeninitiative ergreifen, wenn ich in der Stadtentwicklung kleine Rahmenbedingungen schaffe, wenn ich es wieder möglich mache, dass sich die Zivilgesellschaft den öffentlichen Raum aneignet, dann trägt das sofort zur Attraktivität bei. Das sieht man am „Tacheles“. Wäre das „Tacheles“ Anfang der 90er Jahre platt gemacht worden, dann wäre der Standort Oranienburger Straße heute nicht so wie er ist. Das „Tacheles“ hat die Straße wesentlich mit erschlossen.

Schön für die Oranienburger Straße, schön für den Kiez, schön vielleicht auch für die Stadt, einen solchen Kiez zu haben. Aber bleiben das nicht kleine Schmuckstücke, die mehr als Außenseiter denn als gesellschaftliche Kräfte akzeptiert sind?

In Köln gibt es davon immerhin über 1000 und in Berlin weit über 3000. Und Einrichtungen dieser Art beginnen immer in einem Kiez. Aber wenn man eine solche Bürgerarbeit unterstützt, auf lokaler Ebene, dezentral, dann wird man feststellen, dass da etwas von unten in die Gesellschaft hineinwächst und immer stärker wird, was dann nach und nach das Bild dessen, was ein produktives Leben und ein produktives Arbeiten in einer Gesellschaft ausmacht, von innen heraus verändert. Und dann kann man davon ausgehen, dass sich Zukunftsvisionen einer pluralen Ökonomie, einer Mischwirtschaft, dass ein solcher Gedanke beginnt, sich selbst zu verwirklichen.

Webseite des Forschungsprojektes „Urbane Subsistenz als Infrastruktur der Stadt“, wo man den Abschlussbericht herunterladen kann: <http://www.uni-hohenheim.de/i3v/00217110/02541041.htm>
Webseite der Zwischennutzungsagentur: <http://www.zwischennutzungsagentur.de/>